

Fakten und Argumente

Angela Merkel: Auch für den beruflichen Erfolg ist die Beschäftigung mit Kunst und Kultur von großer Bedeutung. Soziale Kompetenz, Kreativität und Kommunikationsfähigkeit werden auf dem Arbeitsmarkt immer wichtiger. Diese Eigenschaften werden durch kulturelle Bildung gestärkt. Musik- und Kunstunterricht dürfen deshalb keine Stiefkinder des Schulbetriebs sein.



ANGELA MERKEL:

Kultur und Politik vor den gleichen Herausforderungen

Damit Unternehmen und Arbeitnehmer auch in Zukunft flexibel, mobil und erfolgreich sind, muss die Politik neue Rahmenbedingungen schaffen.

Das Gelingen langfristiger kultureller Projekte ist auf die Berücksichtigung ganz ähnlicher Voraussetzungen angewiesen, wenn

künftig am weltweiten Maßstab gemessen und mit weltweiter Konkurrenz gerechnet werden muss.

Wohlhabende Bürgerinnen und Bürger, die noch bis vor kurzem ganz selbstverständlich z.T. sehr viel Geld für Museen und Theater ihrer Heimatstadt erübrigt ha-

Fortsetzung Seite 2

INHALT

GENERALSEKRETÄR
LAURENZ MEYER:

Die nationale Identität
und eine Renaissance
der Werte
SEITE 3 – 5

„VERNETZTE PARTEI“
Auf die Wahlkämpfe
im nächsten Jahr
gut vorbereitet.
Internet-Strategie
der CDU Münster
SEITE 6 – 7

■ Bernhard Vogel neuer Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung (Seite 5) ■ Laurenz Meyer: Schröder fehlt der Mut zu Reformen (Seite 7) ■ Für einen leistungsfähigen Auswärtigen Dienst. Beschluss des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik (Seite 8) ■ Horst Seehofer zum Verfassungsurteil Pflegeversicherung: Die Rentenreform ist klinisch tot (Seite 10) ■ Arbeitsmarktzahlen: Rot-Grün hat versagt (Seite 11) ■ Andreas Schmidt: Die Affäre Hirsch ist noch nicht erledigt (Seite 12) ■ Hans-Gert Pöttering zum Stockholmer Gipfel: Deutschland und Frankreich müssen wieder Motor der Integration sein (Seite 14) ■ Gerda Hasselfeldt: Endlich Klarheit über Internet-Nutzungs-Besteuerung schaffen (Seite 15) ■ Neu in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Politik mit Durchklick“ (Seite 16) ■ CDU Sachsen-Anhalt: 10. Landesausschuss in Brehna (Seite 18)

Fortsetzung von Seite 1
ben, wechseln den Wohnort, ziehen nach London oder nach Hongkong und fragen inzwischen nicht mehr nach kommunalpolitisch Wünschbarem, sondern nach der Bedeutung eines Projekts im globalen Zusammenhang.

Angela Merkel hat am 28. März in der Berliner Kulturbrauerei mit diesem Beispiel, das der Direktor des Frankfurter Museums für Moderne Kunst, Jean-Christoph Ammann, zum Anlass zur Klage nimmt, klar gemacht: Kultur und Politik stehen vor denselben gesellschaftlichen Veränderungen und damit auch vor ganz ähnlichen Herausforderungen. „Daher“ – so die Parteivorsitzende – „ist der Austausch zwischen Kultur und Politik besonders wichtig.“

Besonders wichtig – das ist in der Debatte über die Frage deutlich geworden, „ob wir stolz darauf sein können, Deutsche zu sein“.

Die Generation des WorldWideWeb hat ganz konkret die Erschütterung angesichts der Zerstörung

des islamischen Kulturerbes in Afghanistan durch die fundamentalistischen Taliban erfahren. Angela Merkel: „Aber gleichzeitig erleben wir, was den Weltbürger betrifft, auch als Europäer, Deutsche – und Berliner.“

Wenn Europa „eine echte Herzensangelegenheit seiner Bürger“ werden soll, dann müssen auch hier die Identitäten – „der Plural ist bewusst gewählt“ – miteinander vereinbart werden können: die nationale mit der europäischen. Was für den Länder-Föderalismus in Deutschland gilt, muss auch für die kulturelle Vielfalt in Europa gelten: Die Betonung der Unterschiede berührt nicht das Zusammengehörigkeitsgefühl.

Das widerspruchsfreie Nebeneinander von Patriotismus und Weltoffenheit ist die Voraussetzung für eine tolerante Gesellschaft.

Wortlaut der Thesen der Parteivorsitzenden zu Politik und Kultur im 21. Jahrhundert: Dokumentation im Innenteil dieser Ausgabe

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 50000), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Die nationale Identität und eine Renaissance der Werte

Die Leidenschaft, mit der die Debatte um unsere nationale Identität in den letzten Wochen geführt wurde, macht deutlich: Es gibt ein tiefes Bedürfnis der Menschen, eine Standortbestimmung vorzunehmen.

Eine funktionierende Gesellschaft muss sich letztlich auf eine Identität, Kultur und Tradition sowie auf die ihr innewohnenden Werte stützen. Somit ist die begonnene Debatte über unsere nationale Identität ein hervorragender Ausgangspunkt für eine längst überfällige Wertediskussion am Beginn des 21. Jahrhunderts. Sie ist Teil, aber nicht alleiniger Inhalt. Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, um soziale Gerechtigkeit und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu erhalten und dem Einzelnen dabei ein Höchstmaß an Freiheit und Selbstbestimmung zu sichern, bedarf es verbindender und verbindlicher Werte, die sich nicht lediglich an der Tagesaktualität orientieren.

Die CDU sieht sich der Aufgabe verpflichtet, in ei-



ner Wertediskussion zu einer Renaissance der Werte beizutragen. Der Schriftsteller Lichtenberg formulierte: „Es gibt Leute, die meinen, alles wäre vernünftig, was man mit einem ernsthaften Gesicht tut.“ Eine ähnliche Gesinnung lässt beispielsweise Kanzler Schröder beim inflationären Gebrauch des Begriffs „Vernunft“ aufblitzen. Erntet er inhaltlichen Widerspruch, so bemerkt er, dass

derartige Äußerungen seine „vernünftige Politik behindern“. Frei nach der Devise des Sonnenkönigs „Die Vernunft, das bin ich“, versucht er, die Vielen, die anderer Meinung sind, der Unvernunft zu bezichtigen. Das ist ein Rückfall in die Zeit vor der Aufklärung und der Versuch, unter dem Deckmantel der Moral eines der wesentlichsten Rechte unserer Demokratie zu beschneiden: die Meinungsfreiheit.

Schröder vereinnahmt den Anstandsbegriff

Ein weiteres unredliches Mittel des Bundeskanzlers: die Vereinnahmung des Anstandsbegriffs. Im vergangenen Jahr fordert er den

ARBEITNEHMERSKONFERENZ

CDA – Anwalt der Betriebsräte

Für Mittwoch, den 2. Mai hat die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) zu einer Arbeitnehmerkonferenz ins Hotel NICCO in Düsseldorf eingeladen. Uhrzeit: 18.00 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen: Mitbestimmung und Betriebsverfassung. Die Parteivorsitzende Angela Merkel wird an der Konferenz teilnehmen und zum Thema Mitbestimmung Stellung nehmen.

Aufstand der Anständigen, und erst vor wenigen Tagen rief er die SPD als Partei des politischen Anstands aus. Das ist der offenkundige Versuch, die Gleichung aufzumachen: Wer nicht bei uns ist, ist unanständig. Das ist eine Entstellung und ein Missbrauch des Begriffs Anstand. Noch gefährlicher aber ist, dass er durch seine Anstandsrhetorik versucht, den Wettbewerb der Ideen in Ketten zu legen. Das behindert wertebezogene Orientierung, statt sie zu schaffen. Diese Schrödersche Form der Vereinnahmung und Sinnentleerung von Begriffen dient allein der Absicherung von Macht.

Langfristige Planungen gehören immer wieder auf den Prüfstand

Politisches Engagement darf nie bloßer Selbstzweck sein. Politisches Engagement muss aus einer inneren Überzeugung heraus entstehen. Die CDU-Programmatik für die Tagespolitik steht. Aber noch so richtige und fachlich überzeugende Antworten im Tagesgeschäft helfen nicht über die Tatsache hinweg, dass langfristige Planungen und Visionen immer wieder auf den

Prüfstand müssen. Sonst werden sie ideologisch und doktrinär. Hierin zeigt sich nicht zuletzt unser Bekenntnis zum christlichen Menschenbild: Niemand ist vollkommen, sondern auf das Streben, auf Mühe, Suche angewiesen.

In Deutschland sind verfassungsgemäß die Parteien beauftragt, an der „Willensbildung des Volkes“ teilzunehmen. Das scheint bei der momentanen Bundesregierung in Vergessenheit geraten zu sein. Denn offenkundig geht es ihr weniger um die Prägung und Gestaltung des Landes nach einer Gestaltungsidee, sondern vielmehr um die Absicherung der Macht durch Nachbesserungen an mangelhaften Gesetzen. Ein alter Aphorismus lautet: „Hat man 24 Stunden früher als die übrigen Recht, so gilt man 24 Stunden lang für närrisch.“ Visionen erfordern eben Mut. Die größte Herausforderung, die uns umgibt, ist die ständige, immer schnellere Veränderung der Verhältnisse. Jedes Jahr bewegt eine neue „Revolution“ die Welt und mit ihr das Sicherheits- und Lebensgefühl von Millionen Menschen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Wir leben in einer aufgeregten, aber auch aufregenden Zeit. Keiner

will das Rad zurückdrehen. Nie war die Vielfalt der Angebote und Chancen so groß. Aber jeder muss die Möglichkeit erhalten, an dieser Vielfalt teilzuhaben! Mit der Globalisierung und der europäischen Integration, mit der zunehmenden Grenzlosigkeit der Verhältnisse wächst wie ein Spiegelbild das Bedürfnis der Menschen, im Freundeskreis, in Heimat und Region einen sicheren Hafen vorzufinden.

Jeder wird gebraucht, jeder hat seinen Platz bei uns

Bei dieser Taktfrequenz an Veränderungen muss also Politik einen Kompass bieten, ruhender Pol sein und Gewissheit geben, dass der Kurs stimmt. Der Kompass, den die CDU bietet, ist gegründet auf der Unantastbarkeit der Würde des Einzelnen. Jeder ist angenommen, jeder wird gebraucht, jeder hat seinen Platz bei uns. Wir bauen die Brücke von Singles zur Familie. Von den sozial Starken zu den sozial Schwachen. Die Brücke von der alten Generation zur jungen. Das ist die Brücke zur Zukunft. Nachhaltigkeit, Mitmenschlichkeit, Freiheit und die ihr innewohnende Verpflichtung zur Verantwortung sind die

Prüfsteine unserer Politik. Sie sind die Eckpfeiler einer solidarischen und zukunftsorientierten Gestaltung.

Der Bildungspolitik kommt Schlüsselfunktionen zu

Wenn wir von Werten sprechen und von Orientierung, dann müssen unsere Maßstäbe im konkreten Gestalten sichtbar werden. Und wenn wir die Familie als hohes Gut bezeichnen, dann muss in der Politik klar werden: Wer Kinder hat, darf deshalb nicht schlechter dastehen als die, die keine haben. Denn der Beitrag, den Familien für die Allgemeinheit leisten, ist von unschätzbarem Wert. Der Stellenwert solcher politischen Aussagen muss sich auch in Haushaltsplänen niederschlagen. Wer Kinder haben will, muss gesellschaftlich die Chance haben, Familiäres und Berufliches miteinander zu vereinbaren. Eine solche Politik leitet sich aus Grundwerten und Grundüberzeugungen ab. Sie steht im Gegensatz zu einer Politik, die auf die Zufriedenstellung von Klientelinteressen abzielt, und lediglich dem Stimmenfang dient. Wir sagen, jeder wird gebraucht, jeder ist angenom-

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Bernhard Vogel **neuer** Vorsitzender

Die Mitglieder der Konrad-Adenauer-Stiftung haben am 30. März den Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen, Bernhard Vogel, einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Vogel löst Prof. Dr. Günter Rinsche ab, der nicht wieder für den Vorsitz kandidierte. Die Mitglieder der

Konrad-Adenauer-Stiftung dankten Rinsche, der seit 1995 die Stiftung mit sicherer Hand geführt habe. Der neue Vorsitzende schlug Wilhelm Staudacher zur Wiederwahl als Generalsekretär vor. Die Mitglieder folgten dem Vorschlag und wählten Staudacher einstimmig.

men. Deshalb wird mit der CDU der Bildungspolitik die Schlüsselfunktion unserer zukunftsorientierten Gesellschaft zukommen. Sie ist der Grundstein für individuelle Entfaltung und wirtschaftliches Fortkommen. Und wir sagen, dass Nachhaltigkeit unser Prüfstein ist. Deshalb ist das Prinzip der Generationenbilanz auf jedes Politikfeld anzuwenden. Nur so lassen sich die Folgen politischer Entscheidungen für künftige Generationen darstellen und bemessen.

Die soziale Marktwirtschaft wird fortgeschrieben mit dem Ziel, eine Gesellschaft der Selbstständigkeit anzustreben, in der der Einzelne mehr Verantwortung für sich und andere trägt und es als Chance begreift. Wir

brauchen auch hier einen Ausgleich von Schutz und Chance. Das sind Ansprüche, die die Union in eine gesellschaftliche Debatte über Ziele und Werte, die uns in Deutschland verbinden, einbringen wird. Betrachtet man die Arbeit der Bundesregierung, so scheinen ihr die Ziele abhanden gekommen zu sein. Nicht wechselhafte Klientelpolitik sichert die Zukunft kommender Generationen, sondern die sachliche Auseinandersetzung um die richtigen Ziele und Wege. Darum geht es der Mitte in Deutschland. Moralische Rhetorik genügt da nicht. Frei nach Goethe: „Willst aber du die Meinung beherrschen, beherrsche durch die Tat sie, nicht durch Geheiß und Verbot.“

Auf die **Wahlkämpfe** im nächsten Jahr gut vorbereitet

„Die neuen Möglichkeiten für die Parteiarbeit ausschöpfen“ – dazu hat der Generalsekretär aufgerufen (UiD 8/2001). Der Kreisverband Münster hat bereits vor einem Jahr damit angefangen, sein Internet-Angebot neu zu strukturieren. Hier sein Bericht:

WAS WIR BEREITS ERREICHT HABEN:

Das Internet hat in den vergangenen Wahlkämpfen für die CDU Münster eine zentrale Rolle gespielt. Mit einer eigenen Homepage ist die CDU Münster seit 1997 vertreten. Angespornt von den Vorgaben der Bundespartei, haben wir am 10. Februar 2000 unser Internetangebot grundlegend neu strukturiert und rundum attraktiver gemacht. Genau ein Jahr danach haben wir eine Rekordzahl von Zugriffen auf unsere Seiten zu verzeichnen (Stand 4. April):

■ www.cdu-muenster.de wurde bisher 60.117 mal angeklickt, ■ www.ruprecht-polenz.de wurde

seither 53.136 mal angeklickt.

Die Homepages werden täglich aktualisiert. Das vielfältige Angebot (download, Adressen, Ansprechpartner, aktuelle Pressemitteilungen, newsletter und chat) hat zudem die Ortsunionen und Vereinigungen angespornt, ihre eigene Internetpräsenz zu realisieren.

Die große Zahl von E-Mails zeigt, dass dieses Angebot angenommen und von den Menschen intensiv genutzt wird, um mit der Partei in Kontakt zu treten und sogar online CDU-Mitglied zu werden. Mittlerweile schicken uns die Vorsitzenden ihre Einladungen, Protokolle auf elektronischem Weg. Über einen regelmäßig erscheinenden Newsletter werden seit Anfang 2001 die Funktions- und Mandatsträger (ca. 210 Adressen) über alle wesentlichen Neuigkeiten aktuell informiert. Über diesen Newsletter erhalten wir auch die sehr begehrten E-Mail-Adressen interessierter Bürger, die wir für die kommenden Wahlkämpfe gut gebrauchen können.

WAS NOCH ZU TUN IST:

Jede Ortsunion, jede Vereinigung muss ins Internet! Die Kreisgeschäftsstelle kümmert sich darum, dass bis zur Nominierung des Bundestagskandidaten der CDU Münster am 18. September alle Ortsunionen und Vereinigungen eine Internetpräsenz aufgebaut haben.

Die Ortsunionen sollen, sofern sie nicht in der Lage sind, eine eigene Internetpräsenz aufzubauen und zu betreuen, zumindest eine Standardseite anbieten oder mit der Angabe eines Ansprechpartners und einer E-Mail-Adresse („Visitenkarte“) vertreten sein.

Ein Internetbeauftragter für jeden Verband

Jede Ortsunion und jede Vereinigung benennt einen Internet-Beauftragten als Ansprechpartner. Dieser Internet-Beauftragte kümmert sich darum, dass die Angaben zum jeweiligen Verband im Internet stets aktuell sind und

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

eingehende E-Mails auch tatsächlich und möglichst schnell bearbeitet werden.

Erfassung der E-Mail-Adressen aller Mitglieder

Ab sofort werden die E-Mail-Adressen aller Mitglieder erfasst. Hierzu haben wir mit der Ausgabe April 2001 unserer Mitgliederzeitschrift „Schwarz-bunt“ einen Datenerfassungsbogen an alle Mitglieder versendet. Diese Aktion haben wir auch dazu genutzt, um unseren Datenbestand zu aktualisieren (Adresse, Bankverbindung, Berufsstand, Mitgliedschaft in anderen Vereinen und Verbänden usw.).

SMS-Newsletter

Im Bundestagswahlkampf 2001/2002 wird die CDU Münster einen SMS-Newsletter anbieten. Dieses Angebot soll danach auch außerhalb der Wahlkämpfe aufrecht erhalten werden.

Medium innerparteilicher Demokratie

Das Internet wird künftig als Medium für innerpartei-

Schröder fehlt der Mut zu entscheidenden Reformen

Das neue Gutachten der führenden Wirtschaftsinstitute ist ein Armutszeugnis für die Schröder-Regierung.

Die deutsche Wirtschaft ist Schlusslicht der Entwicklungen in Europa. Insbesondere die Situation im Osten ist bedrohlich.

Wer wie der Bundeskanzler andere Menschen auffordert, Arbeit anzunehmen, muss mit gutem Beispiel vorangehen. Bundesregierung und Bundeskanzler haben aber aus den guten Konjunkturdaten im letzten Jahr fast nichts gemacht. Jetzt rächt sich, dass Gerhard Schröder sich auf dem weichen Kissen der internationalen Konjunkturlage ausgeruht und die

Chance für entscheidende Strukturveränderungen verpasst hat.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Steuerreform von 2005 auf 2002 vorzuziehen. Was wir brauchen, ist eine neue Balance zwischen Schutz und Chance im Arbeitsrecht. Die geplante Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes ist genau das falsche Signal. Wir brauchen mehr Flexibilität in den Betrieben und nicht mehr Bürokratie. Es müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, die den Unternehmen mehr Freiräume geben und damit ihre Schnelligkeit im internationalen Wettbewerb erhöhen.

liche Abstimmungen dienen. Denkbar sind Abstimmungen der Mitglieder über Schwerpunktthemen oder Veranstaltungen.

Umfragen

Ab dem Bundestagswahlkampf werden wir re-

gelmäßig Internet-Umfragen durchführen. Eine erste Umfrage haben wir in der Karnevalswoche gestartet, bei der über die Frage „Wer soll Oberbürgermeisterkandidat der SPD Münster werden“ abgestimmt werden konnte. Rund 100 Interessenten nahmen an dieser Abstimmung teil.

Für einen leistungsfähigen Auswärtigen **Dienst**

■ Diskrepanz zwischen wachsenden Aufgaben und finanziellen Kürzungen

Seit der Wiedervereinigung und auf Grund der veränderten Rahmenbedingungen internationaler Politik ist die deutsche Außenpolitik mit einer Vielzahl neuer Aufgaben und gestiegenen Erwartungen unserer Partner konfrontiert. Das Auswärtige Amt hat mit einer internen Reform begonnen. Außenminister Fischer hat in einem Brief an die Beschäftigten des Auswärtigen Amtes am 29. Januar 2001 geschrieben: „Bei der Umsetzung der einzelnen Reformelemente sollten wir immer vor Augen haben, dass das Ziel ein neues Selbstverständnis des Auswärtigen Dienstes ist: bürgernah, weltweit leistungsfähig, mit Mut zu konzeptionell-strategischem Denken und fähig zu einer überzeugenden ‘public diplomacy’“.

Die CDU unterstützt dieses Ziel ausdrücklich. Wir wünschen uns einen modernen dienstleistungsorientierten diplomatischen Dienst, der die Konkurrenz mit unseren Partnern nicht

scheuen muss. Die gegenwärtige Lage des Auswärtigen Dienstes ist allerdings alarmierend und von der Erreichung des gesetzten Zielles weit entfernt.

Durch Schließung von 19 deutschen Vertretungen im Ausland, durch Personalkürzungen, mangelnde Investition in die Sachausstattung und unzureichende Vorbereitung der Beamten auf neue Verwendungen können bereits heute wesentliche Aufgaben nicht mehr erfüllt werden. Das Auswärtige Amt mit seinen Auslandsvertretungen muss heute seine Aufgaben mit weniger Personal als vor 1989 verrichten. Die Sparmaßnahmen stehen in krassem Widerspruch zur weltweiten Zunahme der Aufgaben und der von unseren Auslandsvertretungen weltweit zu leistenden Arbeit.

■ Public Diplomacy

Erfolgreiche Gestaltung der deutschen Außenbeziehungen erschöpft sich nicht in den Regierungskontakten auf höchster Ebene, sondern erfordert auch die Einbeziehung von Eliten und Multi-

plikatoren vor Ort. Im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit führen Einsparungen dazu, dass immer weniger Vertretungen über eigene Pressereferate verfügen. Die CDU fordert, den Ankündigungen von verstärktem Einsatz von „Public Diplomacy“ auch die nötigen Maßnahmen folgen zu lassen. Wir brauchen gut ausgebildete und in der Sprache des Gastlandes jederzeit sprechfähige Vertreter.

■ Kulturpolitik

Die hohen Erwartungen an die deutsche auswärtige Kulturpolitik, die insbesondere in Mittel- und Südosteuropa ausgeprägte Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache werden durch Konzeptionslosigkeit und einschneidende Kürzungen unseres Angebots enttäuscht. Die bisherigen Schließungen von 39 Goethe-Instituten und den Programmen bei Inter Nationes fügen unserem Ansehen in der Welt schweren Schaden zu.

■ Rechts-/Konsularwesen

Besonders negative Aus-

wirkungen haben die Stellenkürzungen auf die Rechts- und Konsularabteilungen. Wegen der drastischen Zunahme der Visaanträge, u. a. eine erfreuliche Folge der wachsenden wirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands mit anderen Ländern, hat die Zahl der erteilten Visa im Jahr 2000 um 16 Prozent zugenommen. Die Wartezeiten haben sich an vielen Auslandsvertretungen auf ein nicht mehr vertretbares Maß verlängert. Nachdem sich viele Bürger Osteuropas ihre Reisefreiheit erkämpft haben, wird sie durch zu knappe Ausstattung unserer Vertretungen faktisch wieder eingeschränkt. Im Bereich des Asylrechts sehen sich viele Vertretungen mit einer wachsenden Zahl von Asylfolgeanträgen und Asylstreitigkeiten konfrontiert. Der den Asylbewerbern offenstehende Rechtsweg wird aufgrund der überforderten Auslandsvertretungen, wie der Gerichte, zur unabsehbaren Aufenthaltsverlängerung.

■ Wirtschaftsförderung

Die für Deutschland als Exportland besonders wichtigen Wirtschaftsbeziehungen können von den Auslandsvertretungen kaum noch im erforderlichen Um-

fang wahrgenommen werden. In vielen wichtigen Ländern mit entsprechendem Marktpotential stehen die Wirtschaftsdienste der Botschaften hinter unseren europäischen Partnern in personeller wie materieller Hinsicht zurück. Es ist einer der wichtigsten Exportnationen der Welt nicht angemessen, dass deutsche Botschaften in diesem für die deutsche Wirtschaft essentiellen Bereich so ins Hintertreffen geraten. Der Personalmangel zwingt die Vertretungen zu punktueller Betreuung der dringlichsten Fälle. Eine strukturierte und konstante politische Flankierung unserer Wirtschaftsinteressen ist unter diesen Vorzeichen häufig nicht mehr möglich.

■ Personal

Das Auswärtige Amt hat gegenwärtig unter einem dramatischen Rückgang der Bewerberzahlen in praktisch allen Laufbahnen zu leiden. Dies ist eine unmittelbare Folge der verringerten Attraktivität des diplomatischen Dienstes. Mangelnde Karriereaussichten, keine Beschäftigungsmöglichkeiten für die Partner und Stellenabbau haben zu dieser Situation wesentlich beigetragen. Die Konkurrenzfähigkeit des Auswärtigen

Dienstes gegenüber den Diensten unserer Partner ist unter diesen Umständen nicht mehr gewährleistet. Wir wollen einen Auswärtigen Dienst, der wieder die Besten anzieht. Nur so bleiben wir international wettbewerbsfähig. Hierzu müssen die Vorgaben des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst umgesetzt werden.

■ EU-Zusammenarbeit

Ohne die Schwierigkeiten zu verkennen, fordern wir energischere Anstrengungen für eine stärkere Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern im Ausland. Wir erwarten von der Bundesregierung die Schaffung gemeinsamer europäischer Botschaften, die Bündelung von Ressourcen bei den Liegenschaften, die Zusammenlegung von Konsulaten der Schengen-Staaten in gemeinsame EU-Konsulate, die stärkere EU-Zusammenarbeit in der Auswärtigen Kulturpolitik, die Schaffung gemeinsamer EU-Gesundheitsdienste und schließlich den Nachweis des Einigungswillens auch durch die Ernennung gemeinsamer Botschafter.

[http://](http://www.cdu.de)

Voller Wortlaut des
Beschlusses unter
Leitung von Friedbert
Pflüger: www.cdu.de

Die Rentenreform ist klinisch tot

Zu den Konsequenzen des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Pflegeversicherung auf die Rentenreform erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

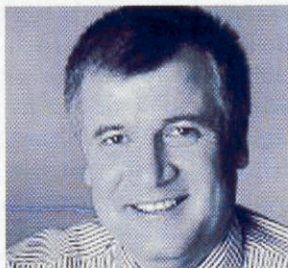
Die von der Regierungskoalition beschlossene Rentenreform und die von Riester entworfene private Vorsorge werden vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und den entsprechenden Konsequenzen keinen Bestand haben.

Sie sind bereits heute klinisch tot. Dies wird das zu erwartende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besteuerung der Renten noch einmal nachdrücklich unterstreichen.

Sowohl die bereits verabschiedete Rentenreform als auch die private Altersvorsorge müssen deshalb gänzlich überarbeitet und durch eine familienfreundliche Reform ersetzt werden.

Die Union war und ist wieder einmal gut beraten, sich für das erkennbar mit gravierenden Mängeln behaftete Gesetz nicht in Mitverantwortung nehmen zu lassen.

■ Das Bundesverfassungs-



gericht hat festgestellt, dass die Erziehungsleistung für ein umlagefinanziertes Sozialversicherungssystem, das ein überwiegend in höherem Alter auftretendes Risiko absichert, konstitutive Bedeutung hat.

■ Das Bundesverfassungsgericht hat darüber hinaus eine Benachteiligung von Eltern gegenüber Kinderlosen festgestellt. Die Familienversicherung und die beitragsunabhängige Leistungshöhe in der Pflegeversicherung gleichen diesen Nachteil nicht aus.

■ Das Bundesverfassungsgericht hat gefordert, die bestehenden Benachteiligungen für Erziehende im Beitragsrecht auszugleichen und damit Familien mit Kindern bereits in der Erziehungsphase zu entlasten.

■ Das Bundesverfassungsgericht hat schließlich die Bundesregierung aufgefor-

dert, die Bedeutung des Urteils auch für die anderen Zweige der Sozialversicherung – also auch für die Rentenversicherung – zu prüfen.

Wer vor dem Hintergrund dieses Urteils behauptet, bei der Rentenversicherung bestehe kein Reformbedarf, handelt fahrlässig. Die Bundesregierung ist mit ihrer Rentenreform erkennbar auf dem Holzweg. Denn Familien mit Kindern werden in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht – wie vom Bundesverfassungsgericht für die Pflegeversicherung gefordert – bereits in der Erziehungsphase entlastet, sondern lediglich in der Leistungsphase. Sowohl das Altersvermögensgesetz als auch das Altersvermögensergänzungsgesetz enthalten darüber hinaus eine Reihe von Benachteiligungen und Ungereimtheiten für Familien mit Kindern. Diese müssen beseitigt werden:

■ Die Förderung pro Kind mit 7,60 DM im Rahmen der privaten Vorsorge ist gegenüber der Erziehungsleistung von Eltern geradezu lächerlich. Die Forderung der Union, 30 DM pro Kind und Monat als Zuschuss für die private Vorsorge für Fa-

Rot-Grün hat versagt

Zu den neuesten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit für März erklärte der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Rau:

Noch nie seit der Wiedervereinigung war der Rückgang der Arbeitslosigkeit im März so gering wie diesmal. Um saisonale Effekte bereinigt stieg die Zahl der Arbeitslosen gegenüber Februar sogar um 12.000.

Ebenso wie die dramatisch verschlechterten Wachstumsaussichten für das laufende Jahr zeigt dies, dass die Bundesregierung sich nicht länger auf dem Ruhekissen einer durch den niedrigen Eurokurs beflügelten Exportkonjunktur ausruhen kann. Die überfälligen Struktur-

reformen auf dem Arbeitsmarkt müssen endlich angepackt werden.

Bundeskanzler Schröder will sich an den Erfolgen am Arbeitsmarkt messen lassen. Wenn es ihm damit ernst ist, kann sich die SPD einen neuen Kanzlerkandidaten suchen.

K.-J. Laumann: Lässt Schlimmes befürchten

Wenn die Bundesanstalt für Arbeit feststellt, dass sich die verlangsamte Konjunktur jetzt auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar macht, lässt dies Schlimmes befürchten. Denn erst mit einer Zeitverzögerung folgt der Arbeitsmarkt dem von den Wirtschaftsinstituten prognostizierten Konjunkturrückgang.

■ Die unterschiedliche Behandlung von Kindern mit Geburtsjahr vor und nach 1992 innerhalb der Rentenversicherung ist nicht hinnehmbar und muss – wie von der Union gefordert – beseitigt werden.

Anstatt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pflegeversiche-

rung ernsthaft zu prüfen und dessen Forderungen auch in der Rentenversicherung zu berücksichtigen, steckt die Bundesregierung den Kopf in den Sand. Dabei sind die Konsequenzen für die Rentenversicherung offensichtlich und müssen umgehend umgesetzt werden. **UD**

milien mit Kindern zu zahlen, muss sofort und nicht erst in acht Jahren umgesetzt werden.

■ Noch immer soll nach den Plänen der Bundesregierung eine Familie mit zwei Kindern mit einem Einkommen von 50.000 DM einen Zuschuss in Höhe von 1.320 DM pro Jahr erhalten. Ein besserverdienender Single mit einem Einkommen von 100.000 DM kann dagegen mit einem Steuervorteil von 1.600 DM pro Jahr rechnen. Diese soziale Schiefelage muss beseitigt werden.

■ Noch immer hält die Bundesregierung an ihren Plänen fest, eine Aufwertung von Beitragsleistungen wegen Kindererziehung abhängig vom Einkommen und Erwerbsstatus zu machen. Eine Frau mit Kindern und durchschnittlichem oder höherem Einkommen erhält nach wie vor keine Förderung, obwohl auch hier Erziehungsleistungen erbracht werden. Eine nicht erwerbstätige Frau, die ein Kind erzieht, erhält ebenfalls keine Förderung. Diese Ungleichbehandlung muss beseitigt werden. Die Besserstellung von Erziehenden muss unabhängig von Einkommen und Erwerbsstatus sein und darf sich ausschließlich an der Erziehungsleistung orientieren.

Die Affäre Hirsch ist nicht erledigt

Zur Anhörung von Ermittlungsführer a. D. Dr. Hirsch erklärte der Obmann der CDU/CSU Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuss:

Peinlich für Dr. Hirsch und seinen Auftraggeber: Die Staatsanwaltschaft Bonn hat in einem umfangreichen Vermerk in aller Gründlichkeit und vermutlich mit Billigung des nordrhein-westfälischen Justizministeriums die Ermittlungsergebnisse von Hirsch im Kanzleramt wegen angeblich unrechtmäßiger Datenlöschungen zerrupft; das vom Kanzleramt angestregte Strafermittlungsverfahren will sie einstellen.

Offensichtlich gibt es noch nicht einmal einen Grund für die Staatsanwaltschaft, weitergehende Ermittlungen durchzuführen.

Es ist daher verständlich, wenn Dr. Hirsch jetzt vor dem Untersuchungsausschuss seine monatelange Arbeit zu verteidigen versucht. Vehement wies er den Vorwurf falscher Verdächtigungen (Straftat nach §164 StGB) zurück. Diese Frage wird irgendwann die Staatsanwaltschaft zu klären haben.



Den Vorwurf, eine Zeugenvernehmung abgebrochen zu haben, weil die Zeugin auf der Anwesenheit ihres Rechtsanwaltes bestand, wies Hirsch ebenfalls zurück: Die Vernehmung habe er wegen einer feindseligen Atmosphäre abgebrochen. Dabei verschweigt er, dass er diese Atmosphäre selbst herbeigeführt hat, indem er die Anwesenheit des Rechtsanwaltes von vornherein und rechtswidrig abgelehnt hat.

Diesem Aussageverhalten Hirschs und der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion wird weiter nachzugehen sein. Dabei dürfte auch das Protokoll jener Vernehmung eine Rolle spielen, das Hirsch entgegen rechtsstaatlicher Verfahrensweise von der Zeugin nicht hat unterschreiben lassen.

Schließlich musste Dr. Hirsch, der von sich wies, Sonderermittler gewesen zu sein, zugeben, die von ihm vermissten Akten nach wie vor nicht gefunden zu haben, obwohl – wie er selbst zugab – ein erheblicher Teil dieser Akten dem Treuhand-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages vorgelegen hat.

Die die Privatisierung Leuna/Minol betreffenden Akten des Kanzleramtes sind im übrigen im erheblichen Umfang in Kopie beim Deutschen Bundestag vorhanden und stehen auch der Arbeit des jetzigen Untersuchungsausschusses zur Verfügung. Nach wie vor entdeckt Dr. Hirsch in Akten Lücken mit der Unterstellung, es hätten – nicht vorhandene – Vermerke für die Akten angefertigt werden müssen. Soweit dies erforderlich ist, ist dies allerdings Sache des federführenden Ministeriums und nicht des Kanzleramtes.

Die Affäre Hirsch ist für den Bundestag nicht erledigt. Die politische Verantwortung für Kanzleramtsaktivitäten liegt übrigens bei Bundeskanzler Schröder höchstpersönlich.

EIN KIND KOSTET nach Berechnung des Soziallexperten beim Ifo-Institut, Martin Werding, bis zu seinem 18. Lebensjahr 715.000 Mark. 470.000 Mark tragen davon die Eltern, den Rest bezahlt der Staat. In den Elternanteil hat Werding den durch Kindererziehung entgangenen Nettolohn eingerechnet. Steuerfreibeträge, Kindergeld, Erleichterungen durch kostenlose Krankenversicherung für Kinder und Investitionen in Schulen schlagen staatlicherseits mit 245.000 Mark zu Buch.

GESTIEGEN ist, wie das Statistische Bundesamt mitteilt, die Zahl der Abtreibungen in Deutschland: um 4.100 mehr als 1999 auf 134.000 im vergangenen Jahr. In drei Prozent der Fälle wurde die so genannte Abtreibungspille „Mifegyne“ angewendet. Mit 49 Prozent war fast die Hälfte der Frauen zum Zeitpunkt des Abbruchs verheiratet.

SEHR ERFOLGREICH gearbeitet hat nach den Worten des hessischen Justizministers Christaen Wagner die staatsanwaltliche Eingreifreserve, die in Hessen seit einem Jahr arbeitet: „Die Idee hat sich bewährt, und wir werden das Projekt fortsetzen.“ Drei Staatsan-

wälte bei der Generalstaatsanwaltschaft unterstützen die neun hessischen Staatsanwaltschaften. Sie waren in 157 Ermittlungsverfahren mit 451 Beschuldigten tätig.

NUR ARBEIT schafft Arbeit, Nicht-Arbeit schafft keine Arbeit. Deshalb ist nach Ansicht des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), Ludwig Georg Braun unbezahlte Mehrarbeit der richtige Weg zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Er verwies auf das Beispiel seines Unternehmens, in dem die Belegschaft auf diese Weise die Mehrkosten für einen Werksneubau am Firmensitz in Melsungen gegenüber der billigeren Alternative in Barcelona aufgebracht hat. In Tuttlingen habe das Unternehmen auf ähnliche Weise fast 200 zusätzliche Stellen schaffen können. In den kommenden fünf Jahren will jeder der 4.000 Arbeitnehmer der Braun AG 520 Stunden Mehrarbeit leisten: im Wert von insgesamt 100 Millionen Mark.

DIE BESTEN Auskünfte erhalten Fragende von Experten. Deshalb greifen immer mehr Nutzer auf die Dienste der Informations-Broker von Hurra.de ([\[www.hurra.de\]\(http://www.hurra.de\)\) zurück. Mit über 30.000 ausgewiesenen Fachleuten, die fast 2.000 unterschiedliche Kategorien betreuen, ist Hurra.de eine der führenden Frage-Antwort-Communities im deutschsprachigen Internet. Auf noch so ausgefallene Problemstellungen erhält der Suchende innerhalb kürzester Zeit qualifizierte Auskunft.](http://</p>
</div>
<div data-bbox=)

ELENA BONNER hat am 3. April in Straßburg die Schuman-Medaille der EVP-Fraktion erhalten. Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion, würdigte die Witwe des sowjetischen Dissidenten und Bürgerrechtlers Andrej Sacharow als Kämpferin für Freiheit und Menschenrechte und erinnerte an den Satz ihres Mannes „Das Nicht-Akzeptierbare nicht akzeptieren“, dessen Auftrag sie sich auch heute noch verpflichtet fühlt.

IN ASIEN leben die besten Mathe-Schüler der Welt. Das hat eine Untersuchung des Boston-College/USA unter Achtklässlern ergeben. Schüler aus Singapur liegen mit 604 Punkten deutlich über dem von den Wissenschaftlern ermittelten internationalen Durchschnittswert von 487. **UD**

HANS-GERT PÖTTERING ZUM STOCKHOLMER GIPFEL:

Deutschland und Frankreich müssen wieder Motor der **Integration** sein

Die anspruchsvollen Worte in Lissabon, nämlich die Europäische Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“, müssen an den Taten zu ihrer Umsetzung gemessen werden, hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, den amtierenden Ratsvorsitzenden Persson in einer Aussprache im Europäischen Parlament in Straßburg gemahnt.

In diesem Zusammenhang sei es bedauerlich, dass keine wesentlichen Fortschritte bei der Liberalisierung des Energiemarktes erreicht wurden und auch bei der Liberalisierung der Post keine Daten festgesetzt werden konnten. Leider habe hier die deutsch-französi-



sche Partnerschaft zur Blockade geführt. „Ich fordere die Regierungen der beiden Länder auf, wieder zum Motor für die europäische Integration und nicht zum Blockadefaktor in der Union zu werden“, erklärte Pöttering.

An den Ratsvorsitzenden gewandt, sagte Pöttering weiter, dass auch die schwedische Präsidentschaft der Zusammenarbeit der Regierungen bekanntlich sehr positiv gegenüberstehe und das gemeinschaftliche Handeln durch die Institutionen der

EU nicht immer als vorrangig betrachte. Hier liege aber nun der beste Beweis dafür vor, wie diese zur Blockade der Union führe und dies zum Schaden gerade auch der kleinen Länder.

Grundsätzlich positiv wertete Pöttering die Fortschritte zur Schaffung des Wertpapiermarktes und des gemeinsamen Marktes für Finanzdienstleistungen. Allerdings werde das Europäische Parlament darauf bestehen, an der Gesetzgebung in diesen Bereichen angemessen beteiligt zu werden.

Pöttering bedauerte, dass die schwedische Ratspräsidentschaft in Stockholm keine klareren Worte gegenüber dem russischen Präsidenten Putin gefunden haben. Was Putin vor laufenden Kameras über Tschetschenien gesagt habe, sei eine Beleidigung nicht nur für Tschetschenien, sondern die Menschenrechte überhaupt gewesen. „Wir hätten begrüßt, wenn Sie diesen Äußerungen öffentlich widersprochen hätten“, sagte Pöttering gegenüber Persson. Die EVP-ED-Fraktion sei am Vorabend von Elena

10 JAHRE JUNGE GRUPPE. Der Zusammenschluss der jungen Abgeordneten in der CDU/CDU-Bundestagsfraktion ist zehn Jahre alt. Aus Anlass dieses Jubiläums haben am 29. März der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz, die Parteivorsitzende Angela Merkel und der parlamentarische Geschäftsführer Peter Ramsauer über Zukunft und Ziele einer modernen und nachhaltigen Politik für die junge Generation diskutiert.

GERDA HASSELFELDT:

Endlich **Klarheit** schaffen

Gerda Hasselfeldt zur umsatzsteuerlichen Behandlung privater Internetnutzung am Arbeitsplatz:



Ende letzten Jahres hat die rot-grüne Bundesregierung diese Nutzung bei der Einkommensteuer steuerfrei gestellt. Bundesfinanzminister Hans Eichel hielt es danach nicht für notwendig, diese Steuerbefreiung auf das Umsatzsteuerrecht auszudehnen. Arbeitgeber sind daher weiter veranlasst, Aufzeichnungen darüber zu führen, in welchem Umfang Arbeitnehmer das Internet für private Zwecke nutzen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat jetzt für Klarheit gesorgt. Auf eine schriftliche Anfrage der finanzpolitischen Sprecherin der Fraktion,

Gerda Hasselfeldt, hat die Bundesregierung festgestellt: Betriebe brauchen die private Nutzung des Internets durch Arbeitnehmer nicht zu versteuern, da in aller Regel betriebliche Zwecke die unternehmensfremden Zwecke überlagern. Wann dies genau der Fall, bleibt aber auch weiterhin unklar. Gerda Hasselfeldt hat deshalb das Bundesfinanzministerium aufgefordert, eine Verwaltungsanweisung zu erlassen, die genau festlegt, in welchen Fällen die private Nutzung des Internets steuerfrei ist.

Bonner, der Witwe Sacharows besucht worden. Gleichzeitig habe man erfahren, dass der letzte freie Fernsehsender Russlands in Staatsregie übernommen wurde. „Wir wollen ein stabiles und demokratisches Russland, in dem Demokratie, Menschenrechte und Pressefreiheit gelten.“ Dies müsse auch gegenüber Russland ganz deutlich gemacht werden.

Im Hinblick auf die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien begrüßte Pöttering, dass die Europäische Union auf allen Ebenen hier einen Schwerpunkt ihrer Arbeit gesetzt habe. Das ehemalige Jugoslawien werde zur Bewährungsprobe für die Europäische Union werden und müsse daher eine Priorität der Gemeinsamen Außenpolitik sein.

Pöttering begrüßte, dass beim nächsten Gipfeltreffen in Göteborg auch der amerikanische Präsident Bush anwesend sein werde. Die EVP-ED-Fraktion habe sich immer für enge transatlantische Beziehungen und die Partnerschaft mit den USA eingesetzt. Deutliche Kritik übte Pöttering allerdings an dem Ausscheiden der USA aus dem Kyoto-Protokoll. Ein „burden-sharing“ gelte nicht nur in der Sicherheitspolitik, sondern auch in der

Umweltpolitik. Die Lasten könnten hier nicht einseitig verteilt werden.

Pöttering begrüßte, dass der schwedische Ratsvorsitz auch den engen Kontakt mit den Fraktionen des Europäischen Parlaments aufgenommen habe, wie dies mit der schwedischen Außenmi-

nisterin vereinbart wurde. Er hoffe, dass der schwedische Ratsvorsitz die verbleibenden drei Monate dazu nutzen werde, mehr Transparenz im Rat durchzusetzen. Insbesondere hinsichtlich des Zugangs zu Dokumenten erwarte das Parlament jetzt Bewegung im Rat. **UD**

Aktuell und übersichtlich, kommunikativ und umfassend

„Die neue Internet-Präsenz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist am 5. April online gegangen. Dazu erklärte der parlamentarische Geschäftsführer Eckart von Klæden:

Wir präsentieren unser Informationsangebot ab heute im Internet in grafisch und inhaltlich neuer Gestalt. Neu sind auch die Interneta-dresse (Domain) www.cducusu.de und der Slogan „Politik mit Durchklick“, unter dem das Angebot ebenfalls im Internet erreichbar ist („www.politikmit-durchklick.de“).

Richtschnur bei der Konzeption des Neuauftritts waren:

- Die Erfahrungen über die Informationswünsche der Nutzer aus dem fünfjährigen Betrieb der bisherigen Präsentation (1996–2001);
- Neue Möglichkeiten der Informationspräsentation, insbesondere in den Bereichen Interaktion und Multimedia;
- Ein Mediendesign, das Wünschen und Bedürfnissen unterschiedlicher Nutzergruppen unter ei-



ner komfortablen Oberfläche schnell und einfach gerecht wird.

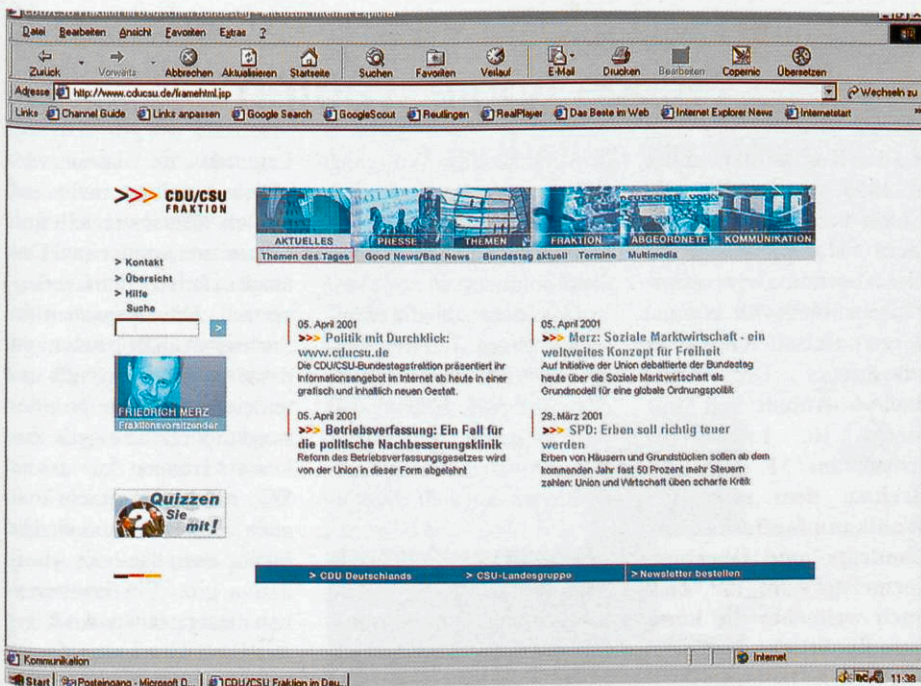
Aktuell, übersichtlich, kommunikativ, umfassend – diese Eigenschaften verlangen die meisten Nutzer von einer politischen Website. Dementsprechend wurde der Neuauftritt gestaltet:

Aktualität: Alle Pressemitteilungen, ausgewählte Bundestagsreden, die Initiativen und die sonstigen öffentlichen Dokumente der Fraktion – z. B. auch Termine – werden ohne Zeitverzug online gestellt. Die wichtigsten Dokumente des Tages werden übersichtlich auf der Startseite angeboten. Längerfristige Initiativen, Grundsatzpapiere und Diskussionsbeiträge sind über separate Menüpunkte abrufbar. Alle Texte sind als

Druckversion verfügbar und können per eMail verschickt werden. – Ganz neu: Ein Bilderservice, der Fotos von Personen und Ereignissen in unterschiedlichen Formaten und Auflösungsstufen (z. B. auch für Printzwecke) liefert.

Übersichtlichkeit: Das Informationsangebot ist in sechs große Bereiche gegliedert: Aktuelles, Presse, Themen, Fraktion, Abgeordnete, Kommunikation. In jedem Bereich stehen Untermenüs zur Verfügung, die auch ungeübte Nutzer schnell und einfach zu dem gewünschten Informationsinhalt führen. Die komplette Navigation ist in einer Leiste am Kopf der Seite enthalten, die den Nutzern zugleich deren jeweilige Position innerhalb der Website anzeigt. Leitseiten bieten in der Regel außerdem Kontextmenüs an, um die Navigation innerhalb eines „Kapitels“ zu erleichtern.

Für die Suche nach Informationsinhalten gibt es mehrere Möglichkeiten: Volltext-Recherche, A-Z-Suche nach Stichworten und Gesamtübersicht über eine „Site-Map“. Auch im Be-



reich Abgeordnete stehen sehr komfortable Suchfunktionen bereit, die jeden Nutzer einfach und schnell zu „ihrer/seinem“ MdB führen.

Kommunikation: Die neue Website bietet den Nutzern alle Kommunikationsmöglichkeiten, die nach dem gegenwärtigen Stand der Internet-Technologie zur Verfügung stehen. Neben Standards, wie eMail und Chat, kommen als weitere Angebote Mail-Services hinzu: Die Nutzer können einen Newsletter und die Pressemitteilungen (nach unterschiedlichen Themen sortiert) abonnie-

ren oder E-Cards mit attraktiven Bildmotiven aus dem Bundestag und der Hauptstadt Berlin versenden. Ebenfalls neu ist ein Quiz; die Nutzer können hier ihr Politik-Wissen testen.

Informationstiefe: Die neue Website informiert umfassend über die Abgeordneten von CDU und CSU, die parlamentarische Arbeit der Union im Deutschen Bundestag (einschließlich Sitzungskalender), Aufbau und Arbeitsweise der Fraktion, Geschichte der Fraktion und über die geistigen und politischen Grundlagen der Union.

Die neue Website wurde behindertenfreundlich gestaltet: Sehbehinderte können alle Inhalte über eine Braille-Erweiterung der Tastatur auslesen; außerdem steht eine „Nur-Text-Version“ (ohne Grafik) bereit.

Fortlaufend aktualisiert wird die Website durch ein datenbankgestütztes Content-Management-System (CMS), das von der scopas medien AG (Frankfurt/M.) bereit gestellt wurde. Scopas medien entwickelte auch das Design und die Datenbankstruktur des Neuauftritts der CDU/CSU-Fraktion im Internet. **UD**

Kluge Köpfe wählen

Beiden Kommunalwahlen in 1999 wurden für die Union in Sachsen-Anhalt mehr Mandatsträger in die Kommunalvertretungen gewählt als für alle anderen politischen Parteien zusammen. Die CDU Sachsen-Anhalt hat mit ihrem 10. Landesausschuss am 31. März in Brehna, dem offiziellen Wahlkampfauftakt zur Landräte- und Oberbürgermeisterwahl ihr Ziel, auch weiterhin die kommunalpolitische Partei Sachsen-Anhalts zu bleiben, deutlich gemacht.

Mit der Brehnaer Erklärung verabschiedeten die Delegierten das kommunalpolitische Programm für den bevorstehenden Wahlkampf, das sich für eine bürgernahe und heimatverbundene Kommunalpolitik ausspricht. Die CDU steht auch weiterhin für direkt vom Volk gewählte Bürgermeister und Landräte. Im Rahmen einer Gebietsreform, der eine Verwaltungsreform vorausgehen muß, setzt die CDU auf die Freiwilligkeit von Gemeinde- und Gebietszusammenschlüssen.

Mit 88 von 90 Delegiertenstimmen wurde der Lan-

desvorsitzende, Wolfgang Böhmer, als Spitzenkandidat der CDU Sachsen-Anhalt für die Landtagswahl in 2002 nominiert.

In seiner Rede, die er unter das Motto „Lust auf Leistung“ stellte, hob der Landesvorsitzende hervor, daß die CDU in Sachsen-Anhalt in dem bis zur Landtagswahl verbleibenden Jahr die vie-

WAHLKAMPF-
AUFTAKT FÜR DIE
LANDRÄTE- UND
OBERBÜRGER-
MEISTERWAHL IM
MAI UND JUNI

len Bürger, die mit der Lage im Lande und der Landesregierung unzufrieden seien, davon überzeugen müsse, dass die CDU die besseren Konzepte zur Bewältigung der Probleme des Landes habe. Das geringe Wirtschaftswachstum und die hohe Arbeitslosigkeit seien direkte Folgen der Politik des Magdeburger Modells unter Führung der SPD-Minderheitsregierung. Mit ihren Zugeständnissen an die PDS habe sie die hohe Verschuldung des Landes verursacht. Die vielen roten

Laternen im Ländervergleich beruhten nicht auf Zahlen einer uneinsichtigen Opposition, sondern auf Daten des statistischen Landesamtes. „Die Menschen in Sachsen-Anhalt sind nicht darauf angewiesen, sich unter einem solchen Tolerierungsmodell die eigene Zukunft verbauen zu lassen. Wir müssen deutlich machen, dass es für die jetzige Politik eine wählbare Alternative gibt. Ein Fortbestehen dieser politischen Konstellation wäre unser Versagen vor der Geschichte dieses Landes. Wir müssen Lösungsvorschläge anbieten, die den Menschen Mut machen, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen: Leistungsorientierte Bildungspolitik, leistungsorientierte Förder- und Wirtschaftspolitik, leistungsorientierte Arbeitsmarktpolitik.“ Die Strukturen seien so zu verändern, dass Anreize entstünden und sich Leistung lohne.

Die CDU als Partei der deutschen Einheit müsse sich ganz besonders betroffen fühlen, wenn sich die wirtschaftlichen Parameter in Ost und West wieder auseinander entwickelten. Er

Grundlegendes zu den aktuellen Themen:

habe deshalb ein Treffen der ostdeutschen CDU-Landesvorsitzenden angeregt. „Gerade wir, die wir die deutsche Einheit zunächst gestaltet haben, dürfen uns das Heft des Handelns nicht aus der Hand nehmen lassen.“

Bei den für den 21. April 2002 angesetzten Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt dürfe sich Geschichte nicht wiederholen. An diesem Tag vor über 50 Jahren hätten sich zwei Parteien die Treue geschworen. „Im nächsten Jahr darf sich diese Konstellation nicht verfestigen.“

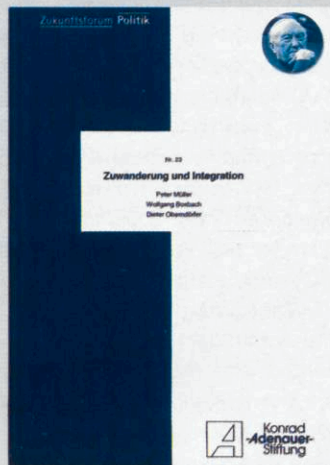
Christoph Bergner, der den Vorsitz der CDU-Fraktion noch vor der Sommerpause an den Landesvorsitzenden Wolfgang Böhmer übergeben wird, sagte, dass die Ämter von Fraktionsvorsitzendem und Landesvorsitzendem zusammengeführt werden müssten, denn der Erfolg des Spitzenkandidaten sei auch der Erfolg der CDU. Um erfolgreich zu sein, müsse die CDU stark und die SPD vernünftig gemacht werden.

Der Ehrengast des Landesausschusses, der Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, Bernhard Vogel, betonte in seiner Rede, dass es in den CDU-regierten Ländern einfach besser laufe. Im Osten Deutsch-

■ Reform des Föderalismus (Heft 20) ■ Der Vertrag von Nizza – eine kritische Analyse (Heft 21) ■ Integration von Ausländern: Beispiele vor Ort (Heft 22) ■ Zuwanderung und Integration (Heft 23) ■ Aktive Bürger fördern (Heft 24) ■ Mythos '68. Die APO und ihre Folgen (Heft 25)

So lauten die Titel der neuesten Broschüren der Reihe „Zukunftsforum Politik“. ■ Bestellungen per E-Mail: elisabeth.enders@kas.de ■ Bestellungen

per Fax: 02241-246-294 ■ Bis zu drei Hefte sind kostenlos, ab vier Hefen werden DM 5,00 als Schutzgebühr (inkl. Versandkosten) berechnet.



lands sei im CDU-regierten Sachsen und Thüringen und im Westen in den CSU- bzw. CDU-regierten Ländern Bayern und Baden Württemberg die Arbeitslosigkeit am niedrigsten. Er werde die CDU in Sachsen-Anhalt bei ihrem Kampf um einen politischen Wechsel in dem Bundesland mit der höchsten Arbeitslosigkeit unterstützen. Die SPD be-

gehe einen historischen Fehler, wenn sie glaube, an der Seite der PDS erfolgreich zu sein. Dies bewiesen Wahlergebnisse in zwei neuen Bundesländern, wo sie bereits an dritter Stelle hinter der PDS liege.

Zu der aktuellen Nationalstolzdebatte erklärte Bernhard Vogel, nur der könne seinem Land dienen, der es auch liebe. **UD**



REFORMSTAU

Gescheitert

Der Arbeitsmarkt kommt einfach nicht auf die Beine. Eine gewisse Zeit hat die US-Konjunktur, hat der durch günstige Wechselkurse beflügelte Export alle unsere politisch bewirkten Binnenschwächen überdeckt. Jetzt treten sie umso schärfer zutage.

In Deutschland herrscht ein enormer Reformstau. Ob Rente, Gesundheit, Pflege oder Arbeitsmarkt – die notwendigen Korrekturen werden entweder zögerlich oder gar nicht angepackt. So verharrt die Abgabenlast weiter auf dem viel zu hohen Niveau von mehr als 42 Prozent, mit eher steigender Tendenz. Da Wirtschaften und Arbeitsplatzaufbau wesentlich etwas mit Kosten und allgemeinem Klima zu tun haben, kann ein Zustand nicht verwundern, der dadurch gekennzeichnet ist, dass sinkende Arbeitslosenzahlen maßgeblich durch den Wechsel in die Rente be-

stimmt werden. Und dort Probleme verschärfen.

Wie soll im globalen Wettbewerb ein Standort attraktiv wirken, wenn der Kanzler stets vorsichtige Korrekturen mit massiven Zugeständnissen an die Gewerkschaften austariert, so, als hätten wir ein Nebenparlament. Der Preis aus Mitbestimmung, Gleichstellungsklamotte, Teilzeitananspruch und anderen Bonbons ist eben zu hoch für ein Stillhalten bei ohnehin völlig unzulänglichen Sozialreformen, wie jetzt in der Rente. Schröder ist gescheitert.

Rheinische Post

Selbständigkeit der Betriebe zugenommen. Die Unternehmen in den neuen Bundesländern sind aus purer Notwendigkeit am weitesten auf dem Weg vorangeschritten, sich von den sie gängelnden Tarifparteien zu befreien. Dementsprechend haben Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände an Einfluss verloren. Die von dem ehemaligen Gewerkschaftsfunktionär Riester inszenierte Reform der Betriebsverfassung dient vor allem dem Zweck, die Bedeutung der alten Kampforganisationen wieder zu stärken.

Die Welt

BETRIEBE

Unsinn

Inszenierte Reform

Die Reform bleibt ein Ärgernis. Bundesarbeitsminister Walter Riester und auch Bundeskanzler Gerhard Schröder haben von Anfang an das Gesetzesvorhaben als Modernisierungs-Maßnahme verkauft. Ebendies ist die Reform aber mitnichten. In Deutschland hat die

Mit dem Betriebsverfassungsgesetz trägt die SPD bis heute ihren (Alb)-Traum von der Räteherrschaft herum. Das historisch schlechte Gewissen angesichts dieser uneingelösten Bringeschuld in Sachen Sozialismus macht sie ansprechbar für jeden Unsinn, den sich Gewerkschaftsfunktionäre in dieser deutschen Tradition ausdenken.

Die Welt



MKS

Stimmengewirr

Die Verbraucherschutzministerin Künast kritisiert ihre nordrhein-westfälische Parteifreundin und Amtskollegin Höhn wegen unzulänglicher Seuchen-Abwehrmaßnahmen, Frau Höhn ihrerseits sucht ihr Heil in der Forderung nach Aufhebung des Impfverbots. Die hessische Oppositionsparteien nutzen das Auftreten von Verdachtsfällen in ihrem Bundesland für eine Attacke gegen die Sozialministerin Mosiek-Urbahn, weil sie zu spät reagiert habe, obwohl sich gerade Hessen schon vorzeitig mit Hunderttausenden von Impfstoff-Dosen eingedeckt hat. Der Bauernpräsident Sonnleitner, der nichts dagegen hatte, dass die Fleischeinfuhr aus Argentinien wegen eines MKS-Verdachts gestoppt wurde, verlangt jetzt für Deutschland gleichzeitig die Aufhebung des Impfverbots und der damit verbundenen Handels-

beschränkungen. Das Stimmengewirr zeigt an, dass die Verantwortlichen nicht einmal im Augenblick höchster Gefahr an einem Strang ziehen, sondern selbst jetzt noch parteiinterne und -übergreifende Positionskämpfe austragen.

Frankfurter Allgemeine

Profilierung

Jetzt stehen sich ausgerechnet die beiden Ministerinnen feindlich gegenüber, die Anfang des Jahres als das personelle Herzstück des neuen ökologischen Profils der Grünen bejubelt wurden: Renate Künast und Bärbel Höhn. Sicher darf auch eine grüne Länderministerin eigennützig denken und handeln. Schließlich hat Höhn tausende von Schweinebauern zufrieden zu stellen. Sie darf auch Streit suchen mit dem Bund. Schließlich ist sie in erster Linie ihrem Land verpflichtet. Doch Höhns Unnachgiebigkeit im Konflikt um die Impfungen gegen die Maul- und Klauensuche weckt den unerfreulichen Verdacht, es

gehe ihr nicht nur um den Streit in der Sache, sondern um persönliche Profilierung. Berliner Zeitung

KOREA

Aussperrung

Wir haben die Annäherung in dem geteilten Land mit Erleichterung verfolgt. Da fiel der Entschluss, diplomatische Beziehungen mit dem kommunistischen Norden aufzunehmen und nun auch noch das überzählige Fleisch an das verarmte Land zu verschenken, umso leichter. Doch jetzt der Praxistest über Frieden und Versöhnung an einem der letzten verbliebenen Hotspots des Kalten Krieges: Für die Einreise der Bundestags-Delegation stellte Pjöngjang schwer erträgliche Bedingungen – nicht über Südkorea, sondern per Charterflieger über Peking, wofür Nordkorea 17 500 Dollar kassieren wollte. Und ohne Medienbegleitung. Das ist Wandel durch Aussperrung. Tagesspiegel



Schröder-Rente: SCHLECHTE KARTEN FÜR DEUTSCHLANDS FRAUEN.



**Postkarte „Rente“
mit Preisfragen zu
den Nachteilen der Rentenreform**

Bestell-Nr. 9725
100 Expl.: 10,00 DM/Sonderpreis
(5,11 EURO)

Wissen Sie, welche Nachteile die „Rentenreform“ der Regierung den Frauen bringt?
Testen Sie Ihren Informationsstand - und gewinnen Sie. Unter allen richtigen Ein-
sendungen verlosen wir drei Wochenenden in Berlin für zwei Personen sowie zehn
Familien-Eintrittskarten für den Europa-Park in Rust.

Kindererziehungszulagen werden bei der Schröder-Rente

- a) für alle Frauen gleichermaßen anerkannt. **ARB**
- b) je nach Geburtsjahr des Kindes, Kinderzahl
und Einkommen unterschiedlich bewertet. **RAU**

Die Witwenrenten werden bei Schröders „Rentenreform“

- a) von der Entwicklung der Einkommen abgekoppelt, weil der Freibetrag
„eingefroren“ wird. **IM**
- b) an die Entwicklung der Einkommen angepasst und damit „dynamisiert“. **ZU**

**Der Aufbau einer privaten Zusatzvorsorge fürs Alter soll durch einen staatlichen
Zuschuss gefördert werden mit maximal**

- a) 30 DM pro Kind und Monat. **GEGEN**
- b) 15 DM pro Kind und Monat. **VORHER**
- c) 7,50 DM pro Kind und Monat. **NACH**

Mit den Buchstaben-Kombinationen der richtigen Antworten finden Sie den Lösungssatz:

RENTE: F _ _ EN _ _ _ _ _ TEIL.

Schicken Sie den Lösungssatz per Postkarte oder per E-Mail an: rotgruen@cdp.de
Einsendeschluss: 20.4.2001 (Datum des Poststempels). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Vorname, Name, E-Mail

Straße, PLZ, Wohnort

Bitte
ausreichend
frankieren

Broschüre: CDU-Nachwuchsführer Berlin - 42. Deutscher Bundestag 41/12011 Bestell-Nr. 9725

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Postfach 110 432

10834 Berlin

Scheckheft „Rente“

Bestell-Nr. 5726
100 Expl.: 30,00 DM
(15,34 EURO)

Der RENTEN-CHECK

Was Rot-Grün mit Ihrer Altersvorsorge vorhat.





Broschüre „Alter ist nichts für Feiglinge“
 Darstellung zur Arbeit
 der Senioren Union der CDU Deutschlands

Bestell-Nr. 5729
 50 Expl.: 37,50 DM
 (19,17 EURO)



Broschüre „Pflegebedürftigkeit“
 Kritikpunkte zum Begriff
 „Pflegebedürftigkeit“ im System
 der Sozialen Pflegeversicherung

Bestell-Nr. 5730
 25 Expl.: 55,00 DM
 (28,12 EURO)



Aufnahmeantrag
 „Senioren Union“

Bestell-Nr. 6293
 100 Exemplare/kostenlos

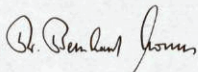
AUFNAHMEANTRAG



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

**Senioren
Union** 

*Für Ihre engagierte Arbeit in der Senioren Union
sprechen wir Ihnen Dank und Anerkennung aus.
Für die Zukunft wünschen wir Ihnen gute Gesundheit,
weiterhin viel Schaffenskraft und Gottes Segen.*



Vorsitzender der Senioren Union
der CDU Deutschlands

Landesvorsitzender der Senioren Union
der CDU Deutschlands

Kreisvorsitzender der Senioren Union
der CDU Deutschlands

**Ehrenurkunde
„Senioren Union“
ohne Jahresangabe**

Bestell-Nr. **0723**
50 Expl.: 27,00 DM
(13,81 EURO)

**BESTELL-
ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de